

Editorial

Christa Schlager

Sparen auf der Ausgabenseite – seit Monaten gibt es in Österreich eine Diskussion darüber, dass durch höhere Effizienz in der öffentlichen Verwaltung Milliardenbeträge eingespart werden könnten. Wirtschaftskammer Präsident Leitl meinte am 5. Oktober 2009 im Interview in »Der Standard«: »Zu den fünf Milliarden bei den Pensionen (durch Pensionsreformen, Anm. der Redaktion) kommen sechs Milliarden in der Gesundheits- und Schulbürokratie sowie in der öffentlichen Verwaltung, macht also elf Milliarden. Das ist auch in etwa der Betrag, den wir zur Budgetsanierung benötigen.« Auch die Industriellenvereinigung berechnet Effizienzreserven in Milliardenhöhe in ihren Aussendungen (20. 10. 2009).

Das Debattenforum dieser Kurswechsel-Ausgabe widmet sich deshalb aktuell dem Thema Effizienz im öffentlichen und im gemeinwirtschaftlichen Bereich. Denn gerade dann, wenn keine Profitmaximierung angestrebt wird, wie dies in der öffentlichen Verwaltung oder im Dritten Sektor der Fall ist, wird unterstellt, dass nicht effizient genug gearbeitet wird und diese Sektoren deshalb umfassend reformiert gehören. In der Öffentlichkeit werden diese Bereiche auch gerne als »geschützte Bereiche« denunziert. Deshalb gibt es seit geraumer Zeit Tendenzen, diese Bereiche stärker zu ökonomisieren. Diese Entwicklung geht mit dem Einsatz neuer Managementmethoden einher. »New Public Management«, »Verbetriebswirtschaftlichung« oder »Managerialismus« sind Schlagworte, die den Methodenwechsel beschreiben. Neben den Methoden ändern sich mitunter aber auch die Ziele und Aufgaben, die verfolgt werden. Ein Ziel oder gewünschter Nebeneffekt der Veränderung ist dabei immer, dass dabei möglichst viel Geld gespart wird. Das plakative Ausrufen von enormen Sparpotenzialen und Abbau von Doppelgleisigkeiten in öffentlichen und gemeinwirtschaftlich orientierten Bereichen (Bildung, Gesundheit, Soziales, Verwaltung) muss aber hinterfragt werden. Denn, ohne Verbesserungsmöglichkeiten in Abrede stellen zu wollen, ist der Kontext, in dem diese Forderungen erhoben werden, stark ideologisch geprägt.

Aktuell kann die Diskussion in zweifacher Weise als Antwort und Gegenstrategie auf bzw. gegen die Infragestellung der Dominanz der Märkte im Zuge der Wirtschaftskrise verstanden werden. Einerseits wird damit wieder versucht, in das alte ideologische Fahrwasser zu kommen, dass der Markt viel besser arbeitet als der Staat. Galt die Devise »Privat ist besser als Staat« im öffentlichen Diskurs lange Zeit schon akzeptiert, hat sich dies mit der Finanz- und Wirtschaftskrise geändert. Viel wurde von der Rückkehr des Staates und dem Versagen der Märkte geschrieben. Dies wird nun wieder versucht zu revidieren. Österreichs Finanzminister Pröll legte in seiner Rede zur Lage der Nation sein Staatsverständnis klar: »Der Staat hat sich befristet als »Stabilisator«, als Krisenfeuerwehr, eingeschaltet, um die Auswirkungen der Krise zu mildern. Das kann aber nicht auf Dauer so bleiben. Deshalb eine klare Absage an alle Verstaatlichungs-Nostalgien ... und -Nostalgiker!« (Pröll 2009, 15). Viel mehr

sieht der Finanzminister Österreich als mittelständisches Unternehmen im globalen Wettbewerb (vgl. ebd., 4), was zeigt, dass in der Rhetorik nahtlos an die Zeit vor der Krise angeschlossen wird.

Andererseits wird versucht, damit Umverteilungspolitik im schlechtesten Sinne zu betreiben. Als die Finanzmärkte versagten, wurde nach Staatshilfen für Banken und Unternehmen gerufen, Konjunkturpakete geschnürt usw. Nun geht es darum, wer die Kosten dieser Maßnahmen bezahlen soll. Naheliegender wäre, die KrisenverursacherInnen bzw. diejenigen, die von den Hilfspaketen profitiert haben, und auch die finanziellen Potenz haben, zur Kasse zu bitten. Die Eliten sind aber diejenigen, die am wenigsten verstanden haben, dass sie selbst über ihre Verhältnisse gelebt haben. Sie sind nicht bereit, einen Beitrag zur Krisenbewältigung in Form von vermögensbezogenen Steuern zu zahlen. Also soll von der Steuerseite, also der Einnahmenseite des Staates abgelenkt werden. Es wird also von den Eliten versucht, auch hier nahtlos an die Situation vor der Krise anzuschließen. In den letzten Jahren hat die Kapitalseite enorme Entlastungen erreicht. Es gibt Steuerprivilegien für die Reichen: Vermögensteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer und auch die Börsenumsatzsteuer gibt es in Österreich gar nicht mehr, der Körperschaftsteuersatz wurde auf 25% gesenkt, liegt aber effektiv darunter, Kapitalerträge werden mit 25% endbesteuert usw. Kein Wunder, dass das Thema Umverteilung bei den Neoliberalen so unbeliebt ist. Trotzdem wird versucht, die Kosten des Marktversagens anderen aufzubürden. Um jetzt vom Steuerthema abzulenken, wird eine Diskussion über Leistungsfeindlichkeit unseres Sozialstaates, Stichwort Transferkonto geführt, und über Doppelgleisigkeiten im Sozialstaat geredet. Dies klingt natürlich besser, als tiefe Einschnitte im Sozialsystem im Rahmen der Budgetsanierung anzukündigen.

Bevor der neoliberale Mainstream aber doch wieder die Tagesordnung beherrscht, muss darauf hingewiesen werden, dass diese Finanzkrisen dem System immanent sind, und dass diese Art von neoliberaler Politik auch nicht ohne »Kollateralschäden« abläuft. Außer Acht dabei gerät vor allem, dass die nicht auf Gewinn ausgerichteten Bereiche, der öffentliche Bereich und der Non-Profit Bereich neben einer effizienten Leistungserbringung auch noch andere Ziele verfolgen, die von gesellschaftlich hohem Wert sind. Die Gewichtung kann je nach Wohlfahrtsstaatsmodell zwischen Staaten stark variieren. Ob diese Ziele mit dem Sparziel konfliktieren, ob sie dem Effizienz-Ziel untergeordnet werden, bzw. immer stärker verschwinden, all dies wird wenig untersucht und diskutiert. Im Gegenteil, mit oberflächlichen Benchmark-Studien wird versucht, die billigsten Sozialsysteme zu finden, ohne nach den Systemunterschieden zu fragen.

Weiterer finanzieller Druck auf die öffentlichen Bereiche, wie sie jetzt bevorstehen, wird so, wie die Diskussion geführt wird, nicht zu einer Verbesserung der Aufgabenerfüllung führen. Genau dies wird aber behauptet. Es wird von historischen »windows of opportunities« geredet, um endlich die »überfälligen« Strukturreformen im Sozialstaat in Angriff zu nehmen. Studien, über die Folgewirkungen von Finanzkrisen zeigen, dass schlussendlich immer die sozial Schwächeren die Lasten zu tragen hatten. Auf Finanzkrisen folgten längere Zeiten von Arbeitslosigkeit und damit Lohndruck auf der einen Seite (vgl. Onaran 2009) und andererseits kam es zu einem Ansteigen von unbezahlter Arbeit bzw. massiven negativen Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen auf der anderen Seite (vgl. Antonopoulos 2009). Denn öffentliches und gemeinwirtschaftliches Angebot ist die Folge von Marktversagen

und/oder gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Machtverhältnissen. Wenn diese Güter bzw. Leistungen nicht angeboten werden, müssen sie individuell organisiert oder erbracht werden. Entweder muss eine Leistung also zugekauft werden, was Einkommen oder Vermögen voraussetzt, oder unbezahlt im Rahmen der »Haus- oder Familienarbeit« bzw. des Ehrenamtes erbracht werden. Denn, auch wenn Leistungen nicht mehr bezahlt werden, heißt dies nicht, dass sie nicht mehr notwendig sind und erbracht werden müssen.

Gerade aber die aktuelle Kapitalismuskrisis sollte zum Anlass genommen werden, über Staatsaufgaben zu diskutieren. Kann eine Diskussion über Bedürfnisse und die Möglichkeiten, sie zu befriedigen, nicht auch ohne auf die marktmäßige Zurichtung von Aufgaben zu schielen, geführt werden? Ein Ausbau der Wohlfahrtsstaaten ist derzeit nicht zu erwarten. Wer den Wohlfahrtsstaat aber zumindest glaubwürdig verteidigen will, muss sich auch mit einer Kritik seiner Aufgaben und Ideen für seine Weiterentwicklung auseinandersetzen..

Das aktuelle Debattenforum versucht deshalb den üblichen Effizienzdiskurs zu verlassen und mit zwei Beiträgen neue Themen rund um Reformen im öffentlichen bzw. gemeinwirtschaftlichen Bereich einfließen zu lassen.

Bruno Rossmann geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie viel Einsparungspotenzial es wirklich in der öffentlichen Verwaltung gibt, welchen Einfluss der Föderalismus hat und warum Reform nicht automatisch Kürzung der Mittel bedeutet, sondern Öffnung der Bürokratie hin zu partizipativen Methoden staatlicher Aufgabenerfüllung.

Florentine Maier, Johannes Leitner, Michael Meyer und Reinhard Millner analysieren in ihrem Debattenbeitrag den Managerialismus in Non-Profit-Organisation. Sie untersuchen dabei unter anderem die Frage, ob neue Managementmethoden auch die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Unternehmen ändern.

Wie immer kann das Debattenforum damit nur einen Denkanstoß geben. Mit den Beiträgen kann gezeigt werden, dass der Diskurs über staatliche bzw. gemeinwirtschaftliche Aufgabenerfüllung viel grundsätzlicher, nämlich im Kontext dessen, was die Ziele, Methoden und Wege sein sollen, zu führen ist. Dieser Diskurs sollte keinesfalls eingebettet in den aktuellen verlaufen, der primär darauf zielt, Ausgaben zu kürzen und nicht gewinnorientierte Bereiche zu ökonomisieren. Dennoch müssen wir uns letzterem auch stellen. Darüber hinaus sollte aber nicht vergessen werden, dass Reformen im Sinne einer Weiterentwicklung unseres gesellschaftlichen Systems notwendig sind, Aufgabenkritik inklusive.

Literatur

- Antonopoulos, Rania (2009) The Current Economic and Financial Crisis: A Gender Perspective, The Levy Economics Institute of Bard College, Working Paper No. 564
- Onaran, Özlem (2009) From the Crisis of Distribution to the Distribution of the Costs of the Crisis: What Can We Learn from Previous Crises about the Effects of the Financial Crisis on Labor Share? PERI Working Paper Series 195, http://www.peri.umass.edu/fileadmin/pdf/working_papers/working_papers_151-200/WP195.pdf
- Pröll, Josef (2009) Projekt Österreich, [https://www.bmf.gv.at/Presse/Oktober/Rede_Projekt_Oesterreich.pdf](https://www.bmf.gv.at/Presse/Okttober/Rede_Projekt_Oesterreich.pdf)